UNIV. OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
OCT 26 1936
LIBRARY

Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 9. Oktober	Nr. 1325

Fahrt des alten Führerkorps durch Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Das alte Führerkorps der Bewegung, das sich am Mittwoch abend hier einfand, trat am Donnerstag morgen die Fahrt in das Rhein-Main-Gebiet an. Zunächst ging es über die Reichsautobahn nach Darmstadt, vorbei an der Stelle, wo der Führer den ersten Spatenstich zu diesem gewaltigen Straßenbau vornahm, vorbei an dem Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main. In Darmstadt bildete die Bevölkerung in dichten Reihen Spalier. Weiter ging es die Bergstraße entlang durch den Lorscher Wald, vorbei an der einzigartigen Königshalle und an dem neuen Erbhöfedorf Riedrode nach Worms. Auf dem Platz vor dem Dom hatte sich eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden. Den Gästen aus dem ganzen Reich wurde hier ein Gesellentanz vorgeführt.

Weiter führte der Weg nach Oppenheim, der alten Weinstadt. Die Winzer bereiteten hier den Mitkämpfern des Führers eine besondere Freude. Der Kreisleiter ließ den Gästen auf dem geschmückten Marktplatz kleine Körbchen mit Trauben überreichen als Dank für daß, was sie für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes geleistet haben. Nach flotter Fahrt ging es nun durch die rheinhessischen Winzerdörfer nach dem „goldenen Mainz". Dort wurden die Gäste vom Kreisleiter und Oberbürgermeister herzlich begrüßt.

Dr. Frank: Die Berufung der Partei zur Gesetzgebung.

München, 8. Oktober. Unter dem Vorsitz des Reichsleiters des Reichsrechtsamtes der NSDAP., Reichsministers Dr. Frank begann in Fischbachau eine weitere Tagungsperiode der Strafrechtskommission der NSDAP.

Reichsleiter **Dr. Frank** eröffnete die Tagung mit einer ausführlichen Ansprache, in der er darlegte, daß sich das rechtspolitische Wollen der NSDAP. insbesondere auf dem Gebiet des Strafrechts völlig kompromißlos durchsetzen müsse, anderenfalls könnte die Gefahr entstehen, daß alte, liberalistisch reaktionäre Anschauungen immer wieder in pseudonationalsozialistischen Formulieren zu neuem Leben erwachten. Der alte „Geist" jahrzehntelanger sogenannter Reformversuche sei noch lange nicht gebannt, vielmehr spukten noch in vielen Darlegungen und Arbeiten zur Strafrechtsreform diese verstaubten, veralteten Methoden und Ideen. Es gelte aber, ein neues deutsches Strafrecht für unser nationalistisches Reich ausschließlich auf nationalsozialistischen Grundsätzen aufzubauen — mit „Reformen" des Alten gebe sich die NSDAP. erst gar nicht ab — und diese Rechtsarbeit könne nur von nationalsozialistischen Rechtswahrern geleistet werden.

Die bisherigen Arbeiten zur Strafrechtserneuerung müßten alle in die von der NSDAP. hierfür aufgestellten Leitsätze einmünden. Diese Leitsätze seien in einer vielverbreiteten Sonderschrift erfolgreich herausgestellt worden. Alles theoretische altmodische Herumkritisieren werde die Entschlossenheit der NSDAP. nicht erschüttern, ein nationalsozialistisches und kein bürgerlich reaktionäres Strafrecht zu schaffen.

Das deutsche Volk erwarte ein grundsätzlich neues Recht mit neuen Methoden und neuen Menschen. Daher müsse das Arbeiten am neuen deutschen Strafrecht nun von dem Debattieren müder Kompromißnaturen ebenso befreit werden wie das schon in der allgemeinen Politik geschehen sei. Nicht aus amtlichen Aufträgen erstehe neues Recht, sondern aus geschichtlicher Berufung. Und so sei auch Strafrechtspolitik ausschließlich Sache der Gesinnung und des Wollens und der nationalsozialistischen fachlichen Berufung.

Die Kommission trat dann in die Beratung des Besonderen Teiles des Strafgesetzbuches ein, der demnächst als zweiter Teil der Leitsätze für ein neues deutsches Strafrecht im Deutschen Rechtsverlag, Berlin, erscheinen wird.

Die Tagungsperiode ist auf über eine Woche angesetzt.

Warum Oesterreich an der Währung festhält.

Wien, 8. Oktober. Der Bundesminister für Finanzen, Dr. Draxler, und der Präsident der Nationalbank, Dr. Kienböck, hatten am Donnerstag eine Konferenz für die Vertreter der in- und ausländischen Presse einberufen, um noch einmal mit allem Nachdruck die Versicherung zu wiederholen, daß der Schilling nicht abgewertet werde.

Finanzminister Dr. **Draxler** erklärte: „Der Entschluß der Bundesregierung, an der Aufrechterhaltung der bestehenden Wertrelation des Schilling zum Gold festzuhalten, ist durch zwingende Gründe diktiert. Oesterreich als ein in großem Umfang auf die Einfuhr der verschiedenartigsten Waren angewiesenes Land kann sich nicht der Gefahr einer Preisrevolution aussetzen. Der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung ist im Durchschnitt infolge der harten Schicksale des Landes in der Nachkriegszeit noch immer so tief gedrückt, daß eine durch eine Devalvation bedingte weitere Herabdrückung dieses Standards zu schweren sozialen Krisen führen müßte und daher nicht verantwortet werden kann.

„Die Kapitalreserven, die anderen Ländern zur Verfügung stehen, um damit die ersten Wirkungen der Abwertung aufzufangen, bestehen in Oesterreich nicht; die Kapitalbildung beginnt in unserem Lande erst wieder und darf durch keine neuerliche Vertrauenskrise gestört werden. Wir betrachten es jedoch als die selbstverständliche Aufgabe der Regierung, alle im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik zulässigen Maßnahmen zu treffen, um die nicht zu leugnenden Schwierigkeiten, die uns aus der gegebenen Sachlage erwachsen, auf das geringstmögliche Ausmaß zu beschränken.

„Da gewisse Preisbewegungen notwendiger ausländischer Rohstoffe von uns nicht beeinflußt werden können, wird es notwendig sein, bei anderen Preisen, deren Bestimmungsgründe der inländischen Beeinflussung zugänglich sind, auf eine Senkung hinzuarbeiten. Wollen wir unsere Exportindustrie konkurrenzfähig auf den Auslandsmärkten erhalten, so werden wir ihr, wo immer es möglich ist, bei der Senkung ihrer Gestehungskosten zu Hilfe kommen müssen."

Anschließend hielt der Präsident der Nationalbank, Dr. **Kienböck**, einen längeren Vortrag, in dem er nochmals mit allem Nachdruck darauf hinwies, daß Oesterreich niemals abwerten werde.

Geheimhaltung der Währungsoperationen in Frankreich.

Paris, 8. Oktober. Der Gouverneur der Bank von Frankreich erklärte bei der Donnerstag-Tagung des Generalrates der Bank bezüglich der Geheimhaltung der Währungsoperationen:

„Ich lege Wert darauf, zu erklären, daß die künftigen Wochenausweise der Bank nicht mehr die Möglichkeit bieten werden, über die Bewegungen des Stabilisierungsfonds Aufschluß zu erhalten. Dieser Fonds ist mit 10 Milliarden ausgestattet worden, die von der Bank in Gold eingezahlt worden sind. Diese Zahlung erscheint in dem heutigen Wochenausweis. Der Stabilisierungsfonds kauft von der Bank oder verkauft an sie Gold. Er hat schon für eine beträchtliche Summe an sie verkauft. Wir beabsichtigen aber, unsere Operationen streng geheim zu halten.

„Es hat also keinen Zweck, zu versuchen, bei der Bank oder im Finanzministerium Aufschluß über diese Operationen zu erlangen. Auch ist es zwecklos, aus den Wochenausweisen die Bewegungen des Stabilisierungsfonds herauslesen zu wollen. Bei den Beziehungen zwischen dem Stabilisierungsfonds und der Bank werde ich darauf achten, daß man aus den Wochenausweisen keinerlei irgendwie wertvolle Schlüsse ziehen kann. Das ist erforderlich und unerläßlich, damit die Operation, die wir alle wünschen, glückt, und ich habe die feste Hoffnung, daß die Währungsspekulation durch keinen Vertrauensbruch erleichtert wird."

England und die russische Erklärung zur Nichteinmischung.

London, 8. Oktober. Die nächste Sitzung des internationalen Nichteinmischungsausschusses, der die Beschuldigungen der Sowjetregierung über eine angebliche Verletzung des Abkommens durch einige Staaten vorliegen werden, ist auf Freitag vormittag angesetzt. In der Zwischenzeit wird sich der Vorsitzende des Ausschusses, **Lord Plymouth**, mit einigen Ausschußmitgliedern ins Benehmen setzen.

Reuter zufolge wird sich England für eine Untersuchung der sowjetrussischen Beschuldigungen einsetzen. Diese Erwartung stützt sich vor allem auf einen Brief, den der Außenminister in der vorigen Woche von Genf aus an den nationalen Arbeiterrat gerichtet hatte, und in dem erklärt wird, daß die britische Regierung, die sich der Notwendigkeit einer ständigen Wachsamkeit in dieser Frage bewußt sei, die Durchführung des Nichteinmischungsabkommens wünsche. Nach dem bereits festgelegten Verhandlungsverfahren werden die sowjetrussischen Beschuldigungen zunächst den Ländern, die sie angehen, zur Gegenäußerung vorgelegt werden. Doch glaubt man in London, daß der Nichteinmischungsausschuß wahrscheinlich aufgefordert werden wird, bereits von sich aus eine unabhängige Untersuchung einzuleiten.

Schatzkanzler **Neville Chamberlain** empfing am Donnerstag vormittag in seiner Eigenschaft als Vertreter des Ministerpräsidenten die beiden Vertreter der oppositionellen Arbeiterpartei, Major **Attlee** und **Greenwood**, die mit ihm über die angebliche Verletzung des Nichteinmischungsabkommens zu sprechen wünschten. Nach einer amtlichen Mitteilung versicherte Chamberlain den beiden Vertretern der Arbeiterpartei, daß die britischen Mitglieder des Nichteinmischungsausschusses sich in vollem Umfange der etwaigen Gefahren bewußt seien, falls die Lage nicht unverzüglich geklärt werde.

Lettland und China für 3 Jahre im Völkerbundsrat.

Genf, 8. Oktober. Die Völkerbundsversammlung wählte am Donnerstag nachmittag Lettland mit 49 und China mit 51 Stimmen für die nächsten drei Jahre in den Völkerbundsrat, so daß dieser nunmehr elf nichtständige Mitglieder zählt.

Vor der Beschlußfassung über das weitere Verfahren hinsichtlich der Paktreform beantragte der Vertreter Chiles, die Versammlung möge im Interesse der notwendigen Universalität des Völkerbundes die Auffassung der Nichtmitglieder über die Reformfrage einholen, entweder durch unmittelbare Fühlungnahme auf diplomatischem Wege oder durch eine diplomatische Konferenz. Der Vertreter Chiles erinnerte daran, daß die Befragung der Nichtmitglieder trotz eines bereits im Juli gestellten Antrags unterlassen worden sei. Der chilenische Antrag wurde dem „Großen Ausschuß" überwiesen, dessen Einsetzung die Versammlung gemäß dem Vorschlag des Präsidiums von Mittwoch beschloß.

Abschluß der wirtschaftlichen Aussprache in Genf.

Genf, 8. Oktober. Der 2. Ausschuß der Völkerbundsversammlung hat am Donnerstag vormittag die Aussprache über die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen abgeschlossen.

Der Vertreter der Südafrikanischen Union, **Gie**, erklärte, ein wirklicher wirtschaftlicher Wiederaufbau setze eine sofortige erfolgreiche politische Aktion voraus. Die Untersuchung und Lösung „nicht lebenswichtiger Fragen wie die des Zugangs zu den Rohstoffen" dürfe den Gang der allgemeinen Befriedung nicht aufhalten.

Der Vertreter **Bulgariens** wies auf die Transferschwierigkeiten seines Landes hin, die hoffentlich durch praktische Lösung der Rohstoffragen und durch den Abbau der internationalen Schranken erleichtert werden würden.

Der Vertreter **Jugoslawiens** erklärte, Jugoslawien mache im Rahmen der Kleinen Entente große Anstrengungen im Sinne einer engeren Zusammenarbeit in Mitteleuropa zum Wohle aller interessierten Staaten.

Der Vertreter **Indiens** betonte, sein Land sei wegen seines Ausfuhrüberschusses gegen jedes Clearing-Abkommen. Es sei besonders daran interessiert, daß allen Ländern der freie Zugang zu seinen Rohstoffen ermöglicht werde.

Der Vertreter **Neuseelands** äußerte sich sehr skeptisch über die gegenwärtige Völkerbundsversammlung und die Arbeit des 2. Ausschusses. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen blieben weit hinter den Bedürfnissen zurück; man weiche einer radikalen Lösung aus. Es sei notwendig, im Interesse des Gemeinwohls eine planmäßige Verteilung der Hilfsquellen der Welt vorzunehmen. Das System des Eigennutzes sei zusammengebrochen und müsse durch die Zusammenarbeit aller Völker ersetzt werden.

Der Sowjetvertreter **Rosenblum** führte aus, daß die Sowjetunion, obwohl sie sich selbst genüge, keine Autarkie anstrebe, sondern ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausbauen wolle.

Bedeutende Siege der Nationalisten bei Madrid.

Burgos, 8. Oktober. Wie das Hauptquartier der Nationalisten in Valladolid mitteilt, haben die nationalen Truppen am Donnerstag vormittag eine sehr wichtige Stellung der Roten bei Navalperal erobert. Dabei fiel ihnen auch eine große Menge Munition in die Hände. Nähere Nachrichten über diesen bedeutungsvollen Sieg im Süden der Guadarrama-Front westnordwestlich von Madrid fehlen noch.

Auch Siguenza, 110 km nordöstlich von Madrid, wurde von den nationalen Truppen eingenommen. Ebenso nahmen die nationalistischen Truppen die Ortschaft San Martin de Valdeiglesias etwa 58 km westlich vor Madrid ein.

Um Siguenza wurde seit Wochen gekämpft. Der Ort ist eine alte Bischofsstadt, die von den Roten erbittert verteidigt wurde. Bei San Martin de Valdeiglesias handelt es sich um einen wichtigen Straßenknotenpunkt von strategischer Bedeutung.

Immer neue bestialische Greueltaten in Spanien.

Sevilla, 9. Oktober. Das Pressebüro der zweiten Division teilte dem Sonderberichterstatter des DNB weitere amtliche, durch Augenzeugenberichte belegte Untersuchungsergebnisse über die entsetzlichen Verbrechen der kommunistischen Furie in den kürzlich von den Nationalisten befreiten Ortschaften Südspaniens mit. In Antequera, einer für den Angriff auf Malaga wichtigen Ortschaft, ermordeten die Roten in bestialischer Weise 68 Einwohner. Sie steckten die Kapuzinerkirche in Brand und zogen die kunstgeschichtlich wertvolle Christusfigur durch die Straßen der Stadt, um sie zum Schluß zu verbrennen.

Sofort nach Verteilung von Waffen und Munition an die marxistische Miliz durch die Volksfrontbehörden begann das allgemeine Morden. Zunächst wurden die bekannteren Geistlichen das Opfer dieses Mordterrors. Ein durch Messerstiche schon schwer verletzter Priester wurde dem zuhilfeeilenden Arzt entrissen und auf einer Tragbahre solange durch die Straßen geschleppt, bis er verschied. Ein Kapuzinerpater, der sich auf der Flucht ein Bein gebrochen hatte und in ein Krankenhaus überführt werden sollte, wurde den Pflegern des Roten Kreuzes von roten Mordbuben entrissen und niedergeschosseen.

Eine entsetzliche Tragödie spielte sich vor dem Hause eines angesehenen Einwohners ab. Er wurde aus der Wohnung gezerrt und trotz der flehendlichsten Bitten seiner Frau, die ein kleines Kind auf den Armen trug, nach schwersten Mißhandlungen erschossen. Der Bruder des Opfers. der gezwungen wurde, vom Balkon aus der blutigen Tragödie beizuwohnen, sowie sein Sohn, der sich im Innern des Hauses aufhielt, wurden dann ebenfalls ermordet.

In einem Außenbezirk Antequeras wurden Leichen gefunden, die Axthiebe und Schußverletzungen aufwiesen. In den meisten Fällen wenden die roten Bestien die besonders grausame Methode an, ihre bedauernswerten Opfer vor den Augen der Angehörigen hinzurichten. Dabei werden auch Frauen und Kinder nicht verschont. Einen Einwohner ließ man 6 Tage ohne Essen und Trinken, bevor man ihn erschoß. Andere Einwohner wurden unglaublichen Mißhandlungen vor aller Oeffentlichkeit ausgesetzt, wonach meistens die Erschießung folgte. Die Leichen wurden auf den Friedhof gebracht und dort z. T. mit Aexten verstümmelt.

In Oropesa in der Provinz Toledo, haben die meisten Verbrechen der Kommune festgestellt werden können. Zu Beginn der Kämpfe wurden das Volksfrontkomitee und das Kriegskomitee gebildet, deren Führer aber beim Herannahen der Nationalisten unter dem Vorwand einer Dienstreise nach Madrid verschwanden. Nach der Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittel, Viehbestände usw. wurden 135 Personen, darunter ein zweijähriges und ein vierjähriges Kind, in die Gefängnisse geworfen. Dem Kaplan der Franziskanernonnen schnitt man zunächst die Ohren ab. Nachdem man ihn dann in der gräßlichsten Weise verstümmelt hatte, wurde er so auf den Dorfplatz geführt, wo man mit ihm einen Stierkampf veranstaltete, indem man ihm mehrere Banderillas in den Körper stieß. Schließlich machte man seinen übermenschlichen Leiden durch mehrere Gewehrkugeln ein Ende.

Ein anderer Geistlicher, der gerade eine schwere Operation überstanden hatte, wurde aus dem Krankenbett auf die Straße gezerrt, mit Füßen getreten und dann erschossen. Mehrere Einwohner, von denen die entmenschten Mörder die Herausgabe bereits am Vortage abgelieferter Gewehre verlangten, wurden grausam mißhandelt. Ein Mann, der schwerverletzt am Boden lag, mußte mit ansehen, wie seine Frau und seine Tochter grausam hingerichtet wurden. Alle drei wurden schließlich zusammen auf ein mit Leichen überfülltes Lastauto geworfen. Ein glücklicher Umstand ließ den Mann seinen tierischen Peinigern entkommen.

Rücktritt des spanischen Gesandten in Peiping.

Peiping, 8. Oktober. Der spanische Gesandte in Peiping Don Justo Garrido y Cisneros, hat der Madrider Regierung mitgeteilt, daß er sich zur Niederlegung seines Amtes entschlossen habe. Auch der spanische Generalkonsul in Schanghai hat seinen Rücktritt erklärt.

„Sowjetrußland der einzige Unruheherd Europas".

Schanghai, 8. Oktober. Lord Rothermere, der auf seiner Weltreise zu kurzem Aufenthalt in Schanghai eintraf, erklärte chinesischen Pressevertretern, er sei der Meinung, daß die Befriedung im Fernen Osten am besten durch eine chinesisch-japanische Konferenz zu erreichen sein werde.

Ueber die Lage in Europa befragt, fand Lord Rothermere hoch anerkennende Worte für die nationalsozialistische Regierung, durch die Deutschland in jeder Beziehung gesundet und erstarkt sei. Der einzige Unruheherd in Europa sei Sowjetrußland, das fast alle Gewerkschaften geldlich unterstütze und auch in Spanien hetze. Mit der Vernichtung des Kommunismus, die sich Adolf Hitler zur Lebensaufgabe gemacht habe und wofür ihm die Welt Dank wissen sollte, werde eine Befriedung Europas eintreten.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.